

# Woffische



# Zeitung

400 Mark

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Woffische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags mit der illustrierten Beilage "Zeitbilder". Sonstige Beilagen: Finanz- und Handelsblatt mit Kurszettel der Berliner Börse und amerikanischem Fundament, Umschau in Technik und Wirtschaft, Literarische Umschau, Recht und Leben, Turnen-Sport-Spiel, Für Reise und Wanderung.

Bezugspreis für Juni 9600 M, bei Zustellung durch eigene Boten. Durch die Post 9000 M unter Streifenband 12000 Mark im Inland. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigen: 900 Mark die mm-Zeile, Familienanzeigen 270 Mark netto die mm-Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmte Nummer.

Verlag: Ullstein, Chefredakteur: Georg Bernhard, Verwalter: Ewald Amann & Hansel, Jnl. Ethas, Berlin. Unerwünschte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstr. 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein: Am Dönhofs 9000 - 9003 für den Fernverkehr; Am Dönhofs 3888 - 3905, Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus Berlin, Postchekkonto Berlin 669.

## Italien antwortet selbständig.

### Mussolinis eigener Standpunkt.

Drahtmeldungen der "Woffischen Zeitung".

12. Juni.

In diesem amtlichen Kreise verläutet, daß die italienische Note auf das deutsche Memorandum am Donnerstag übergeben werden könnte. Was ihren wesentlichen Inhalt anlangt, so darf man annehmen, daß in ihr die wichtigsten Punkte in sich werden, die Mussolini bereits in seiner großen Rede im Senat auseinandergesetzt, das nämlich die deutsche Note wird jedoch wahrscheinlich gleichgültig anerkennen, daß die mangelnde Schärfe der neuen deutschen Note einen bedeutenden Fortschritt einer Lösung entgegen bedeutet.

Ein maßgebender Stelle wurde am heute gesagt, daß der definitive Text der italienischen Note nach Gegenstand von Unterhandlungen sei, obwohl die großen Schwierigkeiten bereits festgestellt seien. Stellen wolle also für sich allein antworten, weil man hier nicht die Möglichkeit einer gemeinsamen Antwort sehe und auch an der Opportunität einer solchen gemeinsamen Antwort zweifelt. Am übrigen hielten hier keine offiziellen Schritte unternommen worden zu sein, um eine solche gemeinsame Antwort herbeizuführen. Die Übergabe der italienischen Note soll also unabhängig von der Übergabe der Note der übrigen Alliierten erfolgen.

Es geht diese Informationen als aus guter Quelle stammen wieder. Es könnte jedoch sein, daß nach dem offiziellen deutschen Erklärungen sowohl das Datum der Übergabe als auch der Wortlaut der italienischen Note noch Änderungen erfahren könnte. Man wird nicht in der Annahme feil gehen, daß diese öffentliche Überlegung und Unabhängigkeit auch der Ausdruck einer gewissen Bestimmung sein könnte darüber, daß London und Paris bisweilen weniger Italien ziemlich ignoriert haben.

12. Juni.

Von einer Beteiligung Italiens an dem gegenwärtigen Meinungsaustrausch verläutet hier nichts. In französischen Kreisen wird erklärt, Italien interessiere sich nur für die Frage der

interalliierten Schuld. Von unterrichteter italienischer Seite erfährt sich, daß der hiesige italienische Botschafter den Standpunkt seiner Regierung am Dni 8. Juni in einer Weise dargelegt hat, die sich vollkommen mit der Rede Mussolinis deckt.

## Die Bedingungen eines „Waffenstillstandes“.

Drahtmeldung der "Woffischen Zeitung".

12. Juni.

Der „Evening Standard“ umfaßt die englische Auffassung über Waffenstillstandsbedingungen in Deutschland folgenmaßen: Wir wissen keinen Grund, warum das englische Kabinett der deutschen Regierung nicht mitteilen sollte, daß die Forderung des positiven Wiederhandes im Selbstgebiet ein Hindernis für einen Ausgleich ist, das unentbehrlich sofort beseitigt werden müsse. Es besteht keine Regelung hierzulande, den deutschen Wiederhand zu ermutigen. Wenn Frankreich sonst bereit ist, zu verhandeln, fände dem nichts im Wege, einen nachdrücklichen Brief an Deutschland zu erlassen, über es muß dabei eine gewisse Öffentlichkeit eingehalten werden. Wenn Deutschland empfinden werden soll, den Wiederhand anzugehen, so muß dies auf Grund der Forderung Frankreichs erfolgen, daß die Strenge der Befehlungsmaßnahmen gemildert und die Befehlung unmissbar gemacht werde, wie Frankreich es ursprünglich in Aussicht stellte.

Der „Manchester Guardian“ fordert in Uebereinstimmung mit anderen liberalen Blättern heute ein eigenes Zeitblatt die Einlegung eines Ausdrucks offizieller Gegenüberhaltung, die nur einer offiziellen Reparationskommission der Entente die Unterlagen für eine gemeinsame Antwort der Alliierten an Deutschland vorbereiten können. In einer Antwort der Entente an Deutschland könnte alsdann angestrebt der Reichstag der Entente über eine für Deutschland angemessene Reparationsgrundlage mit der Forderung verbunden werden, den positiven Wiederhand abzugeben. Das Blatt warnt davor, die Forderung der Ausgabe des positiven Wiederhandes unermittelt an Deutschland zu stellen, denn man könnte zwar die deutsche Regierung zu bestimmten Voraussetzungen verpflichten, es geht aber noch vollständig im Beispiel, ob derartige Direktiven irgendwelchen Eindruck auf die Ruhrbevölkerung machen würden, solange diese unter dem Druck der Disruption stände.

## Noch keine englische Antwort?

Drahtmeldung der "Woffischen Zeitung".

12. Juni.

Im Gegensatz zu Londoner Meldungen wird hier behauptet, daß noch keine Vorläufige der englischen Regierung vorliegen, daß das Londoner Kabinett überhaupt noch keinen Beschluß gefaßt habe und noch „fortwähre, die französische Anregung mit Wohlwollen zu prüfen“. Infolgedessen könne man in London noch keine französische Gegenantwort erwarten.

Zu einer Briefliche Meldung, nach der man in Belgien für den Fall einer englischen Ablehnung mit einer französisch-belgischen oder auch einer französisch-belgisch-italienischen Aufforderung an Deutschland zur Einstellung des positiven Wiederhandes rechnet, wird bemerkt: „Die Verhandlungen sind noch nicht so weit gediehen, daß es Zweck hätte, derartige Essentialitäten ins Auge zu fassen.“ Zu einer Fortsetzung des „Lamp“, nach der Frankreich gegen den sofortigen Beginn von Gegenüberhaltungs-Beratungen unter den Verbündeten über die Frage der gemeinsamen Antwort und des positiven Wiederhandes nichts einzuwenden hätte, wird diese Beratungen sich auf die Einmaligkeit im befestigten Gebiet und namentlich auf dem linken Rheinufer beschränken, wird behauptet, von einer derartigen Aussicht ist dort nichts zu erwarten.

12. Juni. (M. E. P.)

Sonjas macht folgende offizielle Mitteilung über die Lage: Im Ministerium für die auswärtigen Angelegenheiten hat heute morgen heute der offizielle Standpunkt über die Verhandlung des englischen Ministeriums vorgelesen. Man besetzt dementsprechend in diplomatischen Kreisen in dieser Beziehung unbedingte Zurückhaltung. Die Minister, die wie jeden Dienstag, unter dem Vorsitz Boncompagni-Rubini abhielten, haben nicht über die durch die Haltung des Ministeriums bedingte Lage berieten. Erst wenn die Regierung eine Bestätigung der heute vorliegenden Sonjas veröffentlichten Informationen erhalten haben wird, wird sie ihre Entscheidung treffen.

## Dollar-Anleihe.

Von Robert Friedländer.

Während die deutsche Saluta schon etwelche Male die Treppe herabgestiegen war, ging endlich einer hoheweißen Regierung die Erkenntnis auf, daß die Spekulation vom Spekulieren komme. Unumgegriff ist allseitig gleichgültig und unüberdachtete „Maßnahmen“ gegen diesen Missbrauch am Körper der deutschen Volkswirtschaft.

Die wichtigste dieser Maßnahmen war die Schaffung der Dollar-Gehaltsanleihe.

Deren erster Zweck war, der Reichsbank Devisen zuzuführen, indem sie die Anleihebesitzer einen Dividende zu zahlen anbot. Da aber die ohnehin deutsche Geldbesitzer „Geld gebt ich für Offen“ gänglich auch Kurs gekommen ist, sogar die eben Devisen annehmen — der Leiter und der Schreiber dieser Stellen natürlich ausgenommen — vor, das Original zu befehlen, hat das Kurzwort zu nehmen. An dessen Uebernahme außer der Befehlgebung des nachdrücklichen Willensgefühls keine sonderlichen Segments — etwa Steuerbefreiung, Steuererleichterungsbeihilfen oder sonstige Beförderungen des Lebens — geknüpft waren.

Infolgedessen sah sich die Regierung gezwungen, die Anleihe zu stützen. Sie finanzierte die vorerwähnten Kredite und trübt ihnen so lange aus Credit, bis sie sich mit einem patriotisch erhaltenden und einem wirtschaftlich trübenden Auge bereitfinden, fünfzig Millionen Dollar in Gehaltsanleihen zu übernehmen. Welches Papier nochmals an der Börse — wohl in Erinnerung an die erhebelnden Vorgänge bei seiner Forderung — den Reichsname „Dollar-Schein“ erhielt.

Der Hauptzweck aber, den die Regierung mit der Schaffung dieser sich automatisch dem Dollarkurs anpassenden Anleihe verfolgte, war der: dem deutschen Staatsbürger jeglicher Couleur — sowohl denjenigen, die fast Gräueltat Devisen in der Burgstraße kaufen darf, als denjenigen, die sie mangels solcher in der Ritterstraße kaufen muß — die Möglichkeit zu geben, verfügbare Mittel für kürzere oder längere Zeit zu verbleiben aufzugeben. Denn es war allerdings zu dem Zeitpunkt der Regierung die Nothwendigkeit gelangt, sich in deutschen Volk die Gewohnheit eingewöhnen zu lassen, „aus der Welt zu flüchten“ und es wertheilenden Treter neben Schmalz, Oranienbäumen, Antiquitäten und sonstigen Waren einschmelzen auswärtige Devisen zu beschaffen, um sie demnächst in Reichsmark und Reichs Geld und Mill auf den Devisen heraus, durchaus nicht zum Vorteil der deutschen Saluta. Aber Währungsgeber anzulegen hatte, kaufte — eingebet der vielen Erfahrungen, die Mündel mit unbedingten Regieren gemacht hatten — Devisen. Aber ein Haus bauen wollte, legte den veranschlagten Betrag in Devisen hin; sonst wurde er während der Bauperiode durch die Preissteigerungen überaus. Aber selbst wer Partheie in größeren Mengen auch nur für wertige Dinge verbleiben soll, kaufte sich Sicherungsscheine, denn er lief sich Gefahr, daß dieses Geld selbst in so kurzer Frist die Hälfte seines Kaufwertes verlor.

Allen solchen Zwecken sollten in Hinfahrt die „Dollar-scheine“ dienen. Und in der Tat: sie waren hierfür einwandfrei geeignet. Dreizehntel oder Dreizehntausend konnten auf sie übergeben werden, wenn...

Man kann an der Spitze der Reichsbank ein entligungsreicher, durchgreifender, überbedingter Mann stände.

Zunächst würde er dafür sorgen, daß die privatwirtschaftliche Zuerstverteilung der Dollarscheine, deren Einnahme, deren Verzinsung, deren Verbleibbarkeit allgemein bekannt würden. Nur der allseitige Bewußtsein der verantwortlichen Bevölkerung hat bis heute von Wert und Wert der Dollarscheine irgendeine Ahnung. Aber ein einziger Zugriff über Dollarscheine; und in jedem orientirterem wüßte man über Dollarscheine Bescheid.

Aber noch ein verlässlicher Gedanke! Regierung und Propaganda! „Hilf! Helfe!!!“ Die Regierung hat regiert, und damit Punkt. Was mit dem Profit der Regierung habens weiter gegeben, gibt sie nicht an. Auch nicht, wenn der Zweck der Regierungsmaßnahme durch Auslegung und Anwendung labotiert wird. Denn hieron wird antwort nicht ersparen.

Während die Regierung denkt, aber die Stempelsteuer eintragen“ lenkt. Als die Dollarscheine ins Publikum kamen, herfürte völlig Unklarheit darüber, in welche Kategorie von Wertpapieren dieses neue Papier gehörte und welcher Bedeutung haben der Devisen bei ihrem Vertrieb zunächst. Der diese Unklarheit schuf, ist die Ursache, so lebhaft ein Element Prozent. War diese Intendanz eine Dummheit, so galt der Provisionisten in einem Briefe vorzeitig. War sie

## Sonjas Vorschlag.

Drahtmeldung der "Woffischen Zeitung".

12. Juni.

Man erwartet in den nächsten 48 Stunden eine Entscheidung der französischen Regierung darüber, ob sie bereit ist, in eine Erklärung von „Waffenstillstands“-Bedingungen für das Ruhrgebiet einzutreten, die entweder von englischer Seite allein oder von den Alliierten gemeinsam nach Berlin übermittel werden können. Obwohl von englischer Seite keinerlei Angaben über die Vorläufige gemacht werden, die Lord Curzon gestern nachmittag dem französischen Botschafter bekanntgegeben hat, ist man doch in unterrichteten politischen Kreisen der Meinung, daß der verschiedenen Bestehen, die von den heutigen Abendblättern veröffentlicht werden, ein richtiges Bild ausgeben liegt.

Lord Curzon dürfte, so wird hier berichtet, dem französischen Botschafter auseinandergesetzt haben, daß es ihm nicht möglich sei, im Namen der englischen Regierung an die deutsche Regierung eine Aufforderung zur Kapitulation zu richten. Dagegen sei es denkbar, daß England der deutschen Regierung freundschaftlich empfände, den positiven Wiederhand abzugeben, wenn es in Berlin erklären könne, daß Frankreich bereit sei, während der Dauer etwaiger Reparationsverhandlungen mit Deutschland die Befehlung „nicht abzugeben“ zu machen und sich jedes unmittelbaren Eingreifens in das Wirtschaftleben und die Vermahlung des Ruhrgebietes zu enthalten.

Der englische Vorschlag, auf den die französische Regierung bereits durch den Bericht der Botschafter Verhandlungen vorbereitet war, liegt soweit der französischen Regierung zur Befehlsgewalt vor. Man ist auf englischer Seite entschlossen, alles zu tun, um eine Entzögerung der Entzögerung auf eine gemeinsame Antwort an Deutschland herbeizuführen. Der Verhandlungsprozess, die durch die englisch-französischen Meinungsverschiedenheiten über die „Waffenstillstandsbedingungen“ entstanden ist, wird keineswegs als unüberwindlich betrachtet.